

## Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Landbauer,  
Dr. Krismer-Huber und Weiderbauer**

betreffend: **Senkung der Baukosten im geförderten Wohnbau durch einen  
Standard-Ausstattungskatalog**

Sozialer Wohnbau gleicht immer mehr kostenaufwändigen Luxusobjekten: Dachgärten, Wohnraumlüftung, Dachterrassen UND Gärten oder verglaste Laubengänge treiben die Kosten von Jahr zu Jahr mehr in die Höhe, die Bedürfnisse der Menschen treten dabei mehr und mehr in den Hintergrund. Derartige Auswüchse im gemeinnützigen Wohnbau sind mittelfristig nicht leistbar, ganz abgesehen von der Notwendigkeit.

Die Freiheitlichen fordern daher eine gezielte Senkung der Baukosten durch Schaffung eines Standard-Ausstattungskatalogs. Sämtliche niederösterreichischen Bau-träger, die für ihre Wohnanlagen eine Landesförderung erhalten, sollen sich künftig an gewisse Pflichtvorgaben halten müssen. So sollte beispielsweise nicht oberster Qualitätsstandard angewendet werden, sondern ein guter Standard im Hinblick auf Nachhaltigkeit. Dies sollte etwa dazu beitragen, dass Wohnen langfristig leistbar bleibt. Zudem sollen gewisse Wirtschaftlichkeits-Parameter zur Anwendung kommen, die „zu großes Wohnen“ verhindern.

Um das Ziel des leistbaren Wohnens erreichen und halten zu können, sind entsprechende Maßnahmen - wie etwa die Erstellung eines Standard-Ausstattungskataloges - unumgänglich.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für die Erstellung eines Standard-Ausstattungskataloges im gemeinnützigen Wohnbau aus.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung, im eigenen Wirkungsbereich und in Zusammenarbeit mit dem Bund, alle rechtlichen Schritte umzusetzen, damit es zur Erstellung eines Standard-Ausstattungskataloges im gemeinnützigen Wohnbau kommt.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 15. Oktober 2015 möglich ist.